

Paroli

Linke Blätter
für Stadt,
Landkreis und
Universität

Ausgabe Nr. 10
Nov./Dez.
2009

Rechtswidrige Ein-Euro-Job-Praxis?

Marburg setzt Ein-Euro-Jobber ein, auch wenn die Arbeiten nicht „zusätzlich“ sind

In der Marburger Öffentlichkeit ist ein heftiger Streit um Ein-Euro-Jobs entbrannt. Auslöser sind ein offener Brief von ver.di Mittelhessen an Marburger KommunalpolitikerInnen zu Ein-Euro-Jobs bei der Praxis gGmbH sowie Anfragen und Anträge der Fraktion Marburger Linke in der Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Marburg (StVV). Im Kern geht es um die Frage, ob die Arbeit, die von Ein-Euro-Jobbern erledigt wird, „zusätzlich“ ist, also bisher nicht verrichtet wurde. Ist sie es nicht, sind die Ein-Euro-Jobs rechtswidrig. Das Gesetz verlangt, dass Ein-Euro-Jobber nur dann eingesetzt werden dürfen, wenn dadurch nicht reguläre Arbeit verdrängt wird.

Bürgermeister Dr. Franz Kahle wirft ver.di in seiner Antwort „soziale Kälte gegenüber Personen vor, denen mit Beschäftigungsprojekten Chancen eröffnet werden sollen“. Auch OB Vaupel und Kreisbeigeordneter Dr. McGovern führen an, dass die Arbeitsgelegenheiten vielen Langzeiterwerbslosen eine Perspektive böten, auf mittlere Sicht wieder einen regulär bezahlten Arbeitsplatz zu ergattern. Gestützt wird diese Argumentation durch Veröffentlichungen in der Lokalpresse. Immer wieder wird an Einzelfällen herzerwärmend die segensreiche Wirkung der Ein-Euro-Jobs aufgezeigt.

Die Erwerbsloseninitiative Marburg, der DGB, DIE LINKE in Marburg und viele Betroffene sehen dies ganz anders. Sie betonen, dass die Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung (AGHMAE), wie die Ein-Euro-Jobs offiziell heißen, sehr häufig nichts anderes seien als ein Mittel, Langzeiterwerbslose unter Druck zu setzen.

Von einer beruflichen Perspektive könne in den allermeisten Fällen



▲ Fraktion Marburger Linke: Georg Fülberth, Astrid Kolter, Dr. Michael Weber, Birgit Schäfer und Halise Adsan (verdeckt)

keine Rede sein. Zudem werde reguläre Arbeit verdrängt. Zwei Drittel der Ein-Euro-Jobs erfüllen nicht die gesetzlichen Voraussetzungen. Die Tätigkeiten seien nicht zusätzlich oder nicht im öffentlichen Interesse. Diese Auffassung wird weitgehend gestützt vom Bundesrechnungshof in seinem Prüfbericht 2008.

Zusätzliche Brisanz in die Diskussion bringt ein fast vergessener Vorgang in der StVV vom Februar 2009. Auf eine Kleine Anfrage der Stadtverordneten Astrid Kolter (Marburger Linke), ob bei der Renovierung der Astrid-Lindgren-Schule Ein-Euro-Jobber eingesetzt wurden und worin die Zusätzlichkeit der Arbeiten bestand, antwortet Dr. Kahle dreist: „Ja, durch Beschäftigte der

Praxis GmbH. Bei den durchgeführten Arbeiten lag keine Zusätzlichkeit vor, es waren vorgesehene notwendige Sanierungsarbeiten.“

Bürgermeister und Jurist Dr. Kahle bekennt sich öffentlich zum Rechtsbruch. Ein starkes Stück. Als Konsequenzen aus der Diskussion fordert Georg Fülberth, Fraktionsvorsitzender der Marburger Linken: „Die Stadt Marburg hat die finanziellen Mittel, ihre Aufgaben mit regulären Arbeitskräften zu erfüllen. Es darf gar nicht erst der Verdacht aufkommen, öffentliche Aufgaben billig mit Ein-Euro-Jobbern erledigen zu wollen. Und die Praxis gGmbH muss finanziell und organisatorisch so ausgestattet werden, dass sie nicht auf Ein-Euro-Jobber angewiesen ist.“

Hajo Zeller

Marburg unter Standard

Marburg ist Spitze – auch bei Armut und Arbeitslosigkeit

Die Haushaltsrede des Oberbürgermeisters Egon Vaupel machte einmal mehr deutlich, dass Marburg Spitze ist – vor allem beim Eigenlob. „Wir in Marburg haben nämlich Standards vorzuweisen, die das

Prädikat ‚die besten‘ zweifelsohne verdienen.“ Er zählte diverse Preise auf und reihte Zahl an Zahl, „um die positiven Struktur- und Entwicklungsdaten“ seit 2000 unter Be-

Fortsetzung S. 2

Kommentar

Windig

Bis 2040 soll der Landkreis unabhängig von fossilen und atomaren Energiequellen sein (Beschluss des Kreistages vom September 2007). Biomasse, Wasserkraft, Solarthermie, Fotovoltaik, Erdwärme und Windkraft stehen im Landkreis als Energiequellen zur Verfügung.

Ein kräftiger Zubau von Windkraftanlagen im Landkreis ist unabdingbar, soll das ehrgeizige Ziel erreicht werden. Der Magistrat der Stadt Marburg sieht das ebenso und lässt mögliche Standorte auf dem Gebiet der Stadt Marburg erkunden. Kaum sind die möglichen Standorte bekannt, weht heftiger Gegenwind. BürgerInnen in Bauerbach und Ginseldorf fürchten um den unverstellten Blick aus ihrem Wohnzimmer, die SPD den Volkszorn und die CDU ist sowieso gegen „Windkraftmonster“.

Bürgermeister Kahle und die Grünen stemmen sich gegen den öffentlichen Sturm und halten wacker die Fahne Windkraft in die Höhe. Kahle versucht jedoch erst gar nicht ernsthaft, die Standorte im Regionalplan als Windkraftvorrangflächen unterzubringen. Die Marburger Linke zeigt ebenfalls Flagge: Windkraft ja, auch auf dem Gebiet der Stadt Marburg, allerdings sollen die BürgerInnen beteiligt werden. An der Finanzierung und am Ertrag. Damit ein stetiger Finanzstrom aus der dezentralen Energieversorgung in die Segel der lokalen Wertschöpfung bläst und künftige Strompreise bezahlbar bleiben.

Hajo Zeller

Termine

Regelmäßige Termine

im Linken Zentrum
Frankfurter Straße 15, Marburg

► **Mitgliederversammlung** der LINKEN Marburg-Biedenkopf, am 2. Mittwoch im Monat, 19.30 Uhr

► Erweiterte **Fraktion Marburger Linke**, montags, 20.00 Uhr

► DIE LINKE. **Kreis AG**, donnerstags, 19.30 Uhr

► Die Hochschulgruppe **SDS.DIE LINKE** trifft sich dienstags, 20.00 Uhr

Impressum

Paroli

Herausgeber: DIE LINKE. Marburg-Biedenkopf

Redaktion: Renate Bastian (verantw.), Nico Biver, Jan Schalauske, Hajo Zeller

Layout: Nico Biver

Redaktionsschluss: 25.11.2009

Kontakt

DIE LINKE Marburg-Biedenkopf

Frankfurter Str. 15, 35037 Marburg
Tel. 06421-163873

info@die-linke-marburg.de

www.die-linke-marburg.de

Spenden

Steuer-oase
DIE LINKE

Natürlich können Sie Ihre Steuer-Cents mit Hilfe des Bundesfinanzministers Schäuble unwiederbringlich in Hindukusch-Abenteuer oder bankrotte Banken stecken. Wenn Sie Ihr Geld aber besser anlegen möchten, geben Sie es der LINKEN.

Wenn Sie Schäuble die Spendenbescheinigung, die sie von uns erhalten, zukommen lassen, zieht er Ihnen die Hälfte von Ihrer Steuer ab.

Spendenkonto:

DIE LINKE Marburg-Biedenkopf
Konto-Nr.: 176 239 07
Volksbank Mittelhessen
(BLZ 533 900 00)

Was wird aus dem Gestaltungsbeirat?

Nach dem Bau des Erlenring-Centers war das Entsetzen über diese Bausünde so groß, dass ein Gestaltungsbeirat gegründet wurde. Er sollte künftig solche Katastrophen verhindern.

Die Ergebnisse seiner bisherigen Arbeit sind wenig beeindruckend. Nach dem Erlenring-Center entstand das ähnlich hässliche Marktdreieck. Auch zur so genannten Wohnanlage am Erlenring ist dem Gestaltungsbeirats offenbar nichts eingefallen. Woran liegt das?

Offensichtlich an seiner Besetzung. Neben einem vielleicht nicht besonders kompetenten grünen Stadtverordneten gehören ihm zwar auch einige durchaus fähige Fachleute an, aber auch sie haben einen Nachteil: sie kommen – mit zwei Ausnahmen – aus Marburg selbst. Es fehlt ihnen der Abstand. Die Vorsitzende des Gestaltungsbeirats ist eine Architektin, die Projekte auch in unserer Stadt verwirklicht.

In anderen Kommunen – zum Beispiel in der Weltkulturerbe-Stadt Regensburg und in Tübingen – ist das anders. Da holt man sich den Sachverstand von außerhalb. Vertreter der Stadtverwaltung fehlen ganz. Weil auch lokale Sachkenntnis gebraucht wird, sind auch Menschen aus der Gemeinde selbst im



Foto: Birgit Schäfer

▲ **Nichts gelernt:** Nach dem Erlenringcenter (links) durfte trotz Gestaltungsbeirat das Marktdreieck (rechts) entstehen.

Gestaltungsbeirat, aber in der Minderheit.

Die Marburger Linke hat sich Regensburg und Tübingen zum Vorbild genommen und einen Antrag zur Änderung der Satzung des Gestaltungsbeirats eingebracht. Hier schlagen wir vor:

„Alle Mitglieder des Beirats für Stadtgestaltung sind Fachleute aus den Gebieten Städtebau, Landschaftsplanung und Architektur. Sie besitzen die Qualifikation zum Preisrichter/zur Preisrichterin auf dem Gebiet der Raumplanung, des Städtebaus und des Bauwesens. Drei Mitglieder dürfen ihren Wohn- oder Arbeitssitz nicht inner-

halb eines 70-km-Radius um Marburg haben. Alle Mitglieder des Gestaltungsbeirates dürfen zwei Jahre vor oder nach ihrer Beiratstätigkeit nicht in Marburg planen und bauen, auch nicht innerhalb von Planungsgemeinschaften.“

Diesen Antrag haben wir schon im Frühjahr gestellt. In der SPD scheint es Menschen zu geben, die dafür sind. Sie stoßen auf den hieltenden Widerstand der Grünen. Deshalb musste die Behandlung des Antrags immer wieder verschoben werden.

Aber wir bleiben dran. Irgendwann muss auch in dieser Frage die Vernunft siegen. *Georg Fülberth*

Fortsetzung von S. 1

Marburg unter Standard

Marburg ist Spitze – auch bei Armut und Arbeitslosigkeit

weis zu stellen. Soviel Erfolg wirkt sich natürlich auch in den kommunalen Finanzen aus. Die Rücklagen übersteigen mittlerweile die Schulden, dank überdurchschnittlich gewachsener Gewerbesteuererinnahmen. An den Schweinegrippeimpfungen verdient Marburg mit.

Dennoch ist Marburg nur in der Rede des OB eine Insel der Glückseligen. Da wird Marburg von der Bundesregierung als „Ort der Vielfalt“ ausgezeichnet, ist aber nicht gewillt, eine hauptamtliche Kraft für den Ausländerbeirat einzustellen. Da wird stolz darauf verwiesen, dass die Beschäftigtenzahl des „Konzerns Stadt“ seit 2005 von 1.977 auf 2.282 angestiegen

sei, aber verschwiegen, dass das auf die Ausweitung von Teilzeitarbeit, Minijobs und eines Niedriglohnsektors bei den Töchtern der Stadtwerke zurückzuführen ist. 2008 zählte die Stadtverwaltung 1.152 Beschäftigte, die sich 678 Vollzeitstellen teilten. Stolz wird in der Haushaltsrede darauf verwiesen, dass Marburg im Vergleich mit ähnlichen hessischen Städten, über besonders wenig Personal verfüge. In Gießen und Wetzlar stehen den Bürgern fünfzig Prozent mehr Bedienstete zur Verfügung. Marburg baut auf dem Rücken der Beschäftigten Schulden ab. Da wundert es nicht, dass Abfallkörbe durch Ein-Euro-Jobber geleert werden oder

kein Personal vorhanden ist, um eine Armutsstatistik zu führen.

Das wird aber nicht der Grund sein, warum in der anderthalbstündigen Rede des OB die Worte „Armut“ oder „Arbeitslose“ nicht vorkamen. Hier kann Marburg nämlich keine positiven Standards setzen. Während von 2000 bis 2008 die Zahl der Arbeitslosen in Marburg von 2.600 auf 2.668 gestiegen ist, fiel sie im Kreis um 15,6 Prozent.

Die Zahl der Menschen, die von Hartz IV leben, ging unterdurchschnittlich von 6.176 Ende 2006 auf 5.884 Ende 2008 zurück. Von Ende 2005 bis 2008 stiegen die Zahlen der EmpfängerInnen von Grundsicherung im Alter oder bei Erwerbsminderung von 724 auf 984 und die der StadtpassinhaberInnen von 3.685 auf 4.069. Dafür gab es keine Preise und Auszeichnungen.

Nico Biver

Koalitionsstreit am Problem vorbei

Altenpflege krankt vor allem an mangelndem und schlecht bezahlten Personal

Zwischen Grünen und der SPD kracht es in der Marburger Kommunalpolitik. Die Themen: Kahles Seilbahn, Windräder, die Marburger Altenpflege. Das letzte Thema ist das wichtigste:

Nach den Wünschen der SPD sollte das Altenwohn- und Pflegeheim auf dem Richtsberg (140 BewohnerInnen) abgerissen und durch zwei 80-Personen-Häuser an gleicher Stelle und in Cölbe ersetzt werden.

Die Grünen – hier teilweise in Übereinstimmung mit der CDU – wollen stattdessen kleinere Einheiten. Oberbürgermeister Vaupel schien nachzugeben: 80 Betten in Cölbe, 40 auf dem Richtsberg, weitere 40 an anderer Stelle. Der Aufsichtsrat ist dem aber nicht gefolgt und will doch größere Einheiten, jetzt wieder eher unterstützt von der SPD.

Es ist eine Scheindebatte, die ein wichtigeres Problem verdeckt.

Zunächst: Die Bettenzahl allein sagt wenig aus. Es kommt auf die Betreuungsgruppen an, auf eine Bauweise, die den Bedürfnissen alter Menschen entspricht, auf die Ausstattung, auf die Anbindung an die Wohnumgebung, die Kontakt-

möglichkeiten zur Familie – auf das Konzept insgesamt.

Zentral ist der Personalschlüssel: Wie viele gut ausgebildete und gut bezahlte Pflegekräfte stehen für jeweils wie viele BewohnerInnen zur Verfügung?

Das ist eine Kostenfrage, und um die drückt man sich von beiden Seiten gern herum. Die Marburger Altenhilfe ist aus dem Arbeitgeberverband ausgetreten, weil sie keine Tariflöhne zahlen will.

Noch schlimmer sieht es in den privaten kleineren Pflegeeinrichtungen aus. Die Personaldecke ist dort oft extrem dünn, die Bezahlung häufig im Armutsbereich.

Auch die kirchlichen Einrichtungen zahlen nicht nach dem Tarifvertrag des Öffentlichen Dienstes (TVÖD).

Fein sieht es natürlich in einigen wenigen sehr teuren Wohnstiften aus – zumindest (hoffentlich) für die BewohnerInnen. Über die Bezahlung der dort Beschäftigten weiß man nichts Genaues.

Man sieht: die Schaukämpfe zwischen CDU, Grünen und SPD um die Marburger Altenhilfe bewegen sich an der Oberfläche. Ausstattung und Betreuungsdichte der Alten-

heime und der ambulanten Versorgung, Bezahlung und Ausbildung der dort Beschäftigten: sie werden zu einem der zentralen sozial-

politischen Konfliktfelder werden. Ohne eine neue Finanz- und Steuerpolitik können die Probleme, die dort anstehen, nicht gelöst werden. Um diese Erkenntnis und ihre Konsequenzen drücken sich die Streitkammern in Koalition und CDU-Op-
position herum. *Georg Fülberth*

Hilft der Fahrplanwechsel?

Der neue Nahverkehrsplan wirft noch viele Fragen auf



Am 13. Dezember erfolgt der nächste Fahrplanwechsel, strikt basierend auf umfangreichen, sicher nützlichen Fahrgastzählungen. Solche Zählungen können jedoch nur zur Bewertung bereits existierender Fahrpläne dienen. Derjenige Teil der Bevölkerung, der die Busse bislang nicht oder nicht mehr nutzt, bleibt unberücksichtigt. Was hat die Stadt unternommen, um im Sinne einer dringend erforderlichen Reduktion des städtischen PKW-Verkehrs auch in diesem Bevölkerungsumfeld zu prüfen, was eigentlich an möglicherweise zusätzlichem Bedarf besteht?

Es wird uns interessieren, wie mit den von uns im Vorfeld der Fahrplanumstellung klar aufgezeigten Mängeln des aktuellen Stadtbusplanes letztlich verfahren wird.

Die Anbindung der Lahnberge nebst Klinikum in den Abendstunden und an den Wochenenden sowohl aus der Innenstadt als auch vom Richtsberg, wo viele Promovierende wohnen, die auch an den Wochenenden in den Labors der Universität arbeiten, ist mangelhaft. Das Problem wird durch die Verlagerung diverser Klinik- und Universitätsbereiche auf die Lahnberge in

den kommenden Jahren weiter zunehmen. Am Samstag und Sonntag während des Semesterbetriebs sind die Busse aufgrund der Wochenendeinkäufe und der zurückkehrenden Studierenden oftmals dermaßen überfüllt, dass man nicht einmal mehr einen Stehplatz bekommt. Nicht auszudenken, was mit den eng gedrängt stehenden Fahrgästen passieren könnte, sollte einmal eine Vollbremsung erforderlich sein. Dabei werden oft nicht einmal die durchaus vorhandenen Gelenkbusse eingesetzt. Vormittägliche Einsatzbusse an den Werktagen vom Richtsberg Richtung Behringwerke bzw. zur Blindenstudienanstalt und anderen Schulen in Marbach sind seit langem gestrichen oder erfordern zeitraubendes Umsteigen. Laut OB Vaupel geht es Marburg finanziell gut. Wieso werden die eindeutig bestehenden Mängel dann nicht durch ein Mehr an Finanzmitteln in Angriff genommen?

Die im Entwurf zum neuen Nahverkehrsplan gesteckten Ziele klingen zweifellos gut, viele davon waren aber auch in früheren Entwürfen schon nachzulesen. Fromme Sprüche hört man viel – wir erwarten nun Taten. *Dr. Michael Weber*



Vielen Menschen graut es davor, allein das Kreisjobcenter (KJC) oder ähnliche Ämter aufsuchen zu müssen. Sie fühlen sich „klein“, hilflos und über den Tisch gezogen. Oftmals erhalten sie keine, unvollständige oder auch falsche Auskünfte. Diesem Missstand will die Aktion „Angst vorm Amt – helfen wir uns gegenseitig“ beseitigen.

Fraktionsmitglieder im Kreistag

stands Wunder: Der Umgangston auf dem Amt wird freundlicher, das Klima besser. So können vielfach festgefahrene Dinge geklärt werden und die Menschen erhalten Leistungen, die Ihnen bisher verwehrt wurden.

Kontakt per Telefon: 06421-163873 oder Mail: info@die-linke-marburg.de oder im Linken Zentrum, Frankfurter Straße 15, in Marburg vorbeischauchen. *Hajo Zeller*

Bundestagswahl

Vielen Dank

13.181 Menschen (9,90 %) haben der LINKEN im Wahlkreis Marburg ihr Vertrauen



ausgesprochen. Das ist hinter den Wahlkreisen in Frankfurt und Kassel das beste Ergebnis in Hessen. Das gilt auch für die 10.856 Erststimmen. Dafür unser herzlicher Dank. Trotz der Diskreditierung einer Erststimmenabgabe als „verschenkt“, wollten viele sich offensichtlich auch für eine personelle Alternative zur sozialen Demontage, Kriegsbeilegung und Bahnprivatisierung entscheiden.

Wir bleiben dabei: „Sozial auch nach der Wahl“. Harte Opposition gegen die Wunschregierung der Bosse und der Börse ist angesagt. Gemeinsam mit den Betroffenen werden wir Widerstand leisten gegen eine weitere Verschärfung des sozialen Kahlschlags. Es wird sich zeigen, ob die SPD weiter macht wie bisher oder ob sie sich so resozialdemokratisiert, dass sie für eine linke Alternative koalitionsfähig wird.

Henning Köster

**Etwas bewegen:
Mitglied werden!**

Ich will Mitglied der LINKEN werden. Schicken Sie mir die notwendigen Unterlagen.

Name, Vorname

Straße

PLZ, Ort

E-Mail-Adresse

oder direkt unter:
die-linke.de/mitgliedschaft

Jeder mit jedem? Mit mir nicht!

Der hessische Bundestagsabgeordnete Wolfgang Gehrcke zu politischen Farbenspielen

Die Bundestagswahl brachte eindeutige Ergebnisse: herausragende Gewinne einerseits bei der FDP und andererseits bei den LINKEN; katastrophal der Absturz der SPD. Die Parteien sind dabei, ihre jeweiligen Ergebnisse zu verarbeiten. Union und FDP in der Koalition, die Grünen erproben den Jamaika-Gedanken, Brandenburg schwirrt ab in Richtung Rot-Rot, während in Thüringen mit Schwarz-Rot das Wahlergebnis auf den Kopf gestellt wird. Merke: Es wird der Eindruck erweckt, dass im Prinzip jeder mit jedem koalitionsfähig ist. Das erfreut mich nicht. Heißt diese Botschaft doch, es gäbe zwischen den fünf Bundestagsparteien zumindest auf der Landesebene keine wesentlichen Differenzen.

Schwarz-Gelb versucht im Bund, die Umverteilung von Lasten zu Ungunsten der Niedrigverdienenden weiter voranzutreiben. Vieles, was im Zusammenhang mit der Krise zur Kontrolle der Finanzmärkte diskutiert wurde, soll von der Tagesordnung verschwinden, Privatisierung ist angesagt zum Beispiel

im Gesundheitswesen. Außenpolitisch wird die FDP auf eine Destabilisierung der Beziehungen zu den linken lateinamerikanischen Ländern hinarbeiten. Schwarz-Gelb ist gesellschaftlicher Rückschritt, aber auch Schwarz-Gelb findet seine Grenzen dort, wo der gesellschaftliche Widerstand sich entwickelt. Gewerkschaften könnten, befreit von ihrer Regierungsloyalität, munter aufspielen. Dieses Risiko ist denjenigen, die die Strategie der Machtausübung bestimmen, durchaus bewusst. Die Unternehmerverbände sind nicht schlecht damit gefahren, Sozialdemokraten und Grüne in den Regierungen zu haben und die Einbindung der SPD in die schwarz-rote Koalition hatte sich ausgezahlt.

Das eigentlich Neue nach diesen Wahlen ist: SPD, Grüne und die LINKEN sitzen nebeneinander in der Opposition. Erstmals im Bundestag. In Hessen haben wir bereits einige Monate Erfahrung mit einer Opposition von SPD, Grünen und LINKEN; keine besonders guten Erfahrungen im Übrigen. Dass die SPD sich als Regierungspartei nicht erneuert,

das haben viele verstanden. Viele in der LINKEN befürchten jetzt, dass die SPD in der Opposition sich ein linkes Mäntelchen umhängt und damit uns Raum und Ausstrahlung streitig machen wird. Von Selbstbewusstsein sprechen solche Ängste nicht, von geschichtlichen Erfahrungen allerdings schon. Die LINKEN ist gut beraten, wenn sie selbstbewusst ihren politischen Kurs beibehält, das Bundestagswahlprogramm strikt einhält und politisch frech und offensiv agiert. Bislang haben sich bei der SPD nur einige Gesichter, keinesfalls die Politik geändert.

Die LINKEN kann Schiffbruch erleiden, wenn sie den Felsenriffen fundamentalistischer Abgrenzung oder opportunistischer Anpassung zu nahe kommt. Freies Fahrwasser braucht freien Geist, braucht die Bereitschaft zu Konflikten und die Entschlossenheit, nicht jenseits politischer Prozesse zu stehen, sondern auf diese einwirken zu wollen. Das wird die Diskussion in der LINKEN in den kommenden Monaten bestimmen.

Wolfgang Gehrcke



▲ Für Hessen im Bundestag: Sabine Leidig, Wolfgang Gehrcke, Christine Buchholz, Werner Dreibus

LINKE expandiert im Hinterland

Am 4. November wurde der Ortsverband Hinterland der LINKEN gegründet. Den Tagungsort Steinperf (Gemeinde Steffenberg) hatte man bewusst ausgewählt, weil die LINKEN in Steffenberg mit 12,8 Prozent ihr bestes Ergebnis bei der Bundestagswahl im Kreis Marburg-Biedenkopf erzielt hatte. Im Ortsteil Steinperf kam sie sogar auf 20,5 Prozent.

Vor etwa 25 Teilnehmern refe-

rierte eingangs Willi van Ooyen, der Fraktionsvorsitzende der LINKEN im Hessischen Landtag, über die politische Lage nach der Bundestagswahl.

Anschließend wurde der Ortsverband gegründet. Er umfasst die Gemeinden des Altkreises Biedenkopf Angelburg, Bad Endbach, Biedenkopf, Breidenbach, Dautphetal, Gladenbach und Steffenberg. Bei wachsenden Mitgliederzahlen – ge-

genwärtig sind es zwanzig – ist an eine weitere Aufteilung gedacht. In den dreiköpfigen Vorstand wurden Ralf Paul (Angelburg), Marcus Müller (Dautphetal) und Karl Koch (Gladenbach) gewählt.

Der neue Ortsverband ist der zweite nach dem Ortsverband im Norden (Wetter, Lahntal, Münchhausen, Cölbe). Weitere Ortsverbände für die Gemeinden im Nordosten (Altkreis Kirchhain), im Süden (Marburger Land) und in Marburg sind angedacht.

Nico Biver